

>present< Freiburger Schriften zur Sozialpädagogik
Herausgegeben von Prof. Dr. Norbert Huppertz

Band 8

Norbert Huppertz (Hg.)

Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit – Was tun!?

Mit einem Beitrag von
Manfred Rommel

PAIS-Verlag
Oberried bei Freiburg i. Br.

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Huppertz, Norbert (Hg.)
Rechtsextremismus, Rassismus,
Fremdenfeindlichkeit – Was tun!?
(Present; Bd. 8)
ISBN 3-931 992-20-9

PAIS-Verlag e.V.
Hauptstr. 49 • 79254 Oberried

© Copyright 2004: Sozietät zur Förderung der wissenschaftlichen
Sozialpädagogik-PAIS e.V. Oberried

Printed in Germany

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Inhalt

A. Was ist wirklich zu tun? –

Eine Conclusio von *Norbert Huppertz* 5

B. Analyse und Darstellung der Situation 15

Manfred Rommel

Rechtsextremismus heute in Deutschland 15

Udo Kempf

Rechtsextremismus in Europa 21

Klaus-Dieter Osswald

Strukturelemente des Rechtsextremismus in der
Bundesrepublik Deutschland 37

Silvia Buchen

Jugendliche Gewaltaffinität und Ausländerfeindlichkeit
im Ost-West-Vergleich 51

C. Handeln und Praxiskompetenz.....75

Ingelore Oomen-Welke

Rassismus nicht entstehen lassen – Ein Beitrag
des Sprachunterrichts..... 75

Stephan Marks

Was bewegt(e) sie Hitler zu folgen? Lernen aus der
Erinnerung von NS-, Tätern' und ‚Mitläufern' 105

Werner Nickolai

Gedenkstättenpädagogik mit sozial
benachteiligten Jugendlichen..... 119

Ulrike Wolff-Jontofsohn

BETZAVTA – Ein Programm zur Toleranzerziehung
aus Israel 135

Jutta Hepekausen

Theater der Begegnung – Playbacktheater als ein Beitrag
zu einem (gewalt-)freieren Zusammenleben 141

D. Mehr als ein Glossar: Zentrale Begriffe..... 179

Herausgeber und Autoren..... 185

Zum Verlag..... 189

Norbert Huppertz

A. Was ist wirklich zu tun? – Eine Conclusio

Rechtsextremismus ist und bleibt nach wie vor eine Gefahr.

Was tun? Was tun! So fragten und befahlen wir uns – in Theorie, Wissenschaft und Ausbildung. Aber auch die pädagogischen Praktiker sowie nicht zuletzt Politiker, in und außer Amt und Würden, haben wir gehört und in die Pflicht genommen. Ihre Überlegungen, Ideen und Ratschläge gibt die folgende Publikation wieder.

Auf die Frage, was angesichts der nach wie vor permanent vorhandenen und von Zeit zu Zeit sich deutlicher oder verhaltener zeigenden Gefahr des Rechtsextremismus zu tun sei, kann bei einem so komplexen Phänomens wirklich nicht einfach und schlicht geantwortet werden. Dass keiner der hier schreibenden Autoren dies tut und tun wollte, dürfte sich verstehen. Wer jedoch tatsächlich handeln will oder gar muss, der sollte einigermaßen konkret wissen, was er tun und was er evtl. lassen soll. In der Praxis kann nicht gewartet werden, und zwar weder in der pädagogischen noch in der politischen Praxis, bis Theorie und Wissenschaft die Dinge „auf der Reihe haben“. Möglicherweise sind Theorie und Wissenschaft zu einer abschließenden Hilfe in unserem komplexen Feld auch gar nicht in der Lage. Trotz aller theoretischen und wissenschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen es verbunden ist, wird im Folgenden im Sinne von praktischen Tipps eine Art Conclusio dessen versucht, was von den Autorinnen und Autoren, die hier zu Wort kommen, „geraten“ wird – angesichts der heutigen Lage.

1. Allgemein: Rechte als Feinde betrachten? Rechte verstehen?

Rechtsextremistische Handlungen und die Personen, die sie begehen - bis hin zu Brandstiftung, Mord und Totschlag -, können nicht anders als abscheulich eingestuft und empfunden werden. Doch, so raten hier die Experten, das allein hilft nicht; denn auch Feinde und Mörder haben Motive. Auch der Rechtsextremist hat als Mensch seine Bedürfnisse, also Gegebenheiten, die notwendigerweise einer Erfüllung bedürfen, wobei auch dieser Mensch, und, wie man sieht, nicht nur er, bei Versagung dieser Erfüllung Schaden nimmt. Auch - und wahrscheinlich gerade - der potenziell und aktuell Rechtsextreme bedarf der Zuwendung, sozialen Einbindung, Anerkennung usw. In dieser Bedürfnislage will und muss er „verstanden“ werden. Es mag uns passen oder nicht: an einem solchen „Verstehen“ und an einer solchen Akzeptanz führt nichts vorbei. Menschen, deren Bedürfnisse - allerdings u.a. auch das Bedürfnis nach Erziehung und Bildung - ab der frühesten Kindheit angemessen befriedigt worden sind, werden normalerweise nicht rechtsextrem. Der Umkehrschluss gilt nicht zwingend. Allerdings hat die These viel Plausibilität, dass dort, wo die allgemein anerkannten Bedürfnisse in Kindheit und Jugend nicht oder nicht mit den richtigen Mitteln erfüllt sind, wir ein immenses rechtsextremistisches Potenzial vorliegen haben, das sich vor allem dann aktiviert, wenn bestimmte Bedingungen, z.B. Möglichkeiten und Verführungen aus der Umwelt, hinzutreten.

Vehement plädiert Stefan Marks in seinem Beitrag über „Geschichte und Erinnerung“ für eine Verstehensmethode - Verstehen dabei im weiten Sinne - dieser Art. Wir müssen uns zunächst selber bemühen, die Attraktivität, die der (Neo) Nazismus für seine Anhänger hat, zu verstehen - verstehen jedoch nicht im akzeptierenden Sinne, sondern in dem Sinne, dass wir uns das Phänomen erklären können, um es dann zu bekämpfen; wir könnten dieses sonst gar nicht. Somit nur sind wir in der Lage, hinter den Parolen und Aktionen der Rechtsextremisten deren

Deprivationen, Motive und Sehnsüchte wahrzunehmen, um dann nach Wegen zu suchen, diese auf andere, positive Weise zu befriedigen.

Somit sollen wir Rechtsextremisten, Neonazis und Rassisten nicht als Feinde betrachten, sondern – trotz allem – als Menschen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

2. Aufgaben der Pädagogik

Rechtsextremismus o.ä. kann nie als angeboren angenommen werden, sondern ist als Sozialisationsergebnis zu betrachten. Insofern haben wir es mit einem gesellschaftlichen Problem zu tun. Nun ist Pädagogik, ob als Theorie oder als Praxis gesehen, immer zum Einen als eine Funktion von Gesellschaft zu verstehen, sowie zum Anderen auch diese als eine Funktion jener zu nehmen. „Die Pädagogen“ – Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, heil- und sozialpädagogische Fachkräfte usw. – sie alle „machen“ mit die Gesellschaft zu dem, was sie ist. Sie „bilden“ mit an der Gesellschaft und somit sind gesellschaftliche Probleme und Devianzen auch immer mit im Rahmen der Ergebnisse ihrer Arbeit zu sehen. Insofern sind sie in besonderer Weise gefragt, wenn es um Folgendes geht:

- Rechtsextremismus, vor allem wenn er mit Gewalt in Verbindung steht, müssen wir als ein *spezifisch männliches Problem* begreifen (das allerdings möglicherweise mit weiblichen Sozialisationsagenten in Beziehung gesehen werden muss); im pädagogischen Handeln müssen Jungen und Mädchen in ihren Bedürfnislagen gesehen werden, und es ist auf die evtl. in verschiedener Weise erforderlichen Bedürfnisbefriediger zu achten. Jungen finden evtl. gerade über Gewalt implizierende Spiele ihre Identität.
- Wir müssen in Erziehung und Bildung vor allem die *soziokulturellen Hintergründe* der Kinder und Jugendlichen in Kindergarten, Schule, Jugendarbeit etc. kennen, ernstnehmen, akzeptieren und pädagogisch sinnvoll nutzen.

- Die „alten“ und „neuen“ Medien können uns eine Vielzahl von Aspekten abverlangen und bieten. Videos, vor allem aber die verführerischen Internetauftritte der Rechten, bieten den Pädagogen die besten Ansätze einer kritischen Hermeneutik, einer Erziehung des Hinterfragens von Sinnaussagen, und damit hervorragende Chancen, junge Menschen gegen sprachliche und visuelle Verführung immun werden zu lassen.

3. Aktionen, Aktivitäten und Projekte mit Rechtsextremen

Es wurde schon für Verstehen im weiten Sinn plädiert, ohne das wir den Rechtsextremismus nicht kennen und deshalb auch nicht bekämpfen können. Wir müssen aber mehr tun – überhaupt müssen wir handeln, z.B. indem wir die Jugendlichen konkret mit dem Nationalsozialismus konfrontieren, etwa in Projekten, wie sie Werner Nikolai durchführt mit dem Titel „Für die Zukunft lernen“; selbstverständlich geht dies nur freiwillig.

- Es sollten aber auch gezielt vor Ort auf kommunaler Basis *Projekte* angeboten und durchgeführt werden, z.B. mit dem Ziel, rechts-extremistische Jugendliche zu (re)integrieren. Die Gemeinden dürften hier keine Kosten scheuen.
- Solche o.ä. Aktivitäten könnte es auch geben für „Aussteiger“ bzw. Ausstiegswillige, die dann freier leben könnten und dem Gruppendruck nicht so ausgesetzt wären.

4. Präventive Aufgaben in Erziehung und Bildung wahrnehmen

Von „der“ Pädagogik und „den“ Pädagoginnen und Pädagogen war schon die Rede. Zahlreiche Anregungen lassen sich besonders unter dem Stichwort „pädagogische Prävention“ zusammenfassen:

- Auf den *Anfang* kommt es an!, dieses Motto gilt gerade im Sinne der Prävention – also, so früh wie möglich mit dem sozialen Lernen bzw.

der Sozialerziehung beginnen, vor dem Kindergarten in der Familie, im Kindergarten, in der Grundschule usw.

- Rechtsextremismus ist zutiefst undemokratisch, deshalb: so früh wie möglich mit der demokratischen Erziehung und Bildung beginnen, in dem dafür gezielt *Lernfelder* gesucht werden, z.B. kleine, für Kinder überschaubare soziale Systeme oder Netzwerke, wie Arbeits-, Spiel- oder Projektgruppen, Kinderparlamente etc.; große politische und administrative Gebilde wie Staat und Kommunen können Kinder kaum erfahren und erleben. („Darin komme ich nicht vor!“)
- Gezielte, *frühe Werteerziehung*: „Erziehung zum Weltbürger“, das ist das oberste Erziehungs- und Bildungsziel einer von mir vertretenen Lebensbezogenen Pädagogik (vgl. dazu: Huppertz, Norbert: Grundfragen der Pädagogik. 10. Auflage, Troisdorf 1996; ders. Der Lebensbezogene Ansatz im Kindergarten, Freiburg im Breisgau 2003). Achtung vor allem Leben und Solidarität mit sowie Gerechtigkeit gegenüber allem „Anderen“, aber auch Friede mit der Natur sowie deren aktiver Schutz. Solche Werte, Ziele und die damit verbundenen Haltungen sind der beste Schutz gegen Rechts- extremismus. Dieses, von frühester Kindheit an pädagogisch verwirklicht, ist Prävention par excellence. Das konkretisiert sich in einer Stärkung der Zivilcourage (neue Tugend der Tapferkeit), z.B. sich einzumischen, einzugreifen u.ä., auch die Polizei anzurufen usw. Präventiv arbeiten wir dann, wenn wir Kindern Mut machen, ihren eigenen, besonders den demokratischen Überzeugungen Ausdruck zu verleihen.
- Erziehung zum Weltbürger heißt auch, neugierig machen auf *Andersartiges und Fremdes*, mit der Intention, dieses als Bereicherung, und nicht als Bedrohung anzusehen. Der Weltbürger ist das Gegenteil des Rassisten, Chauvinisten oder übertriebenen Nationalisten. Er schätzt das Eigene, aber ebenso das Andere der Anderen, sei es Aussehen, Gestalt, Religion etc.

B. Analyse und Darstellung der Situation

Manfred Rommel

Rechtsextremismus heute in Deutschland

Es ist eine längerfristige, geduldig verfolgte Strategie nötig, um die Entwicklung einer rechtsextremistischen Szene zum Stillstand zu bringen und zum Rückzug zu bewegen. Gelegentliches Jammern, Schimpfen, Kerzenanzünden nützen wenig. Sie beruhigen zwar die Kritiker, verführen aber herostratisch fühlende Mitglieder der rechtsextremen Szene zum Irrglauben, dass die demokratisch gesinnte Mehrheit sich vor ihnen fürchtet und dass sie deshalb bedeutend seien. Das ist dasselbe Phänomen wie seinerzeit bei der Auseinandersetzung mit der RAF in Deutschland und der mit gewaltbereiten Gruppen der linken Szene in anderen Ländern. Je dramatischer die Publizität, desto größer die Ermutigung der Gewalttäter. Die Demokratie muss Würde und Gelassenheit zeigen. Dadurch kann sie am besten der Entstehung eines rechtsextremen Märtyrertums und Heroenkults entgegenwirken. Rechtsextremismus darf nicht als politisch gewichtig dargestellt werden, sondern als das, was er ist: Geschmacklos, dumm, einfältig. Das gibt die Wirklichkeit wieder. Rechtsextremismus ist in Deutschland kein Massenproblem oder sogar eine politische Gefahr, sondern das Problem einer Minderheit, die sich wichtig machen will.

In Deutschland ist Rechtsextremismus wegen der Verbrechen während der NS-Zeit und angesichts des erschreckenden Anschauungsmaterials aus jener Zeit besonders verwerflich. Die verständliche Empörung der Opfer und ihrer Nachkommen und die Entrüstung in den befreundeten Ländern über jeden Verrückten und Kriminellen erleichtern nicht immer eine realistische und wirksame Taktik gegen den Rechtsextremismus. Zu locker wird gelegentlich behauptet, ein verhältnismäßig großer Teil der Bevölkerung stimme mit rechtsextremen Meinungen überein. Dem kann ich aufgrund meiner

Erfahrungen nicht zustimmen. Ich zweifle, ob unbedachte Äußerungen bei Befragungen im Hausflur und auf der Straße das erhärten. Außerdem verleitet das bekannte Prinzip: „Bad News is good news“ zu Dramatisierungen. Ich habe seit Jahrzehnten immer wieder gesagt, trotz aller Opfer und Verluste sei es auch für Deutschland besser gewesen, den Krieg zu verlieren als ihn mit Hitler zu gewinnen. Ich bin nie auf ernsthaften Widerspruch gestoßen, auch nicht bei solchen Bürgern, die oder deren Eltern im Krieg große Opfer gebracht haben oder bzw. und die sich früher für Nationalsozialisten gehalten haben. Auch solche, welche die Treue zu Hitler bis zum bitteren Ende für ihre Pflicht angesehen haben, sehen längst ein, dass das NS-Regime Unheil über die Völker, auch über das deutsche, gebracht hat. Man kann sich nicht vorstellen, wie viel Bitterkeit gegen das Dritte Reich und seinen Führer sich auch bei früheren Anhängern und ihren Nachkommen aufgestaut haben. Auch diese müssen gegen den Rechtsradikalismus als Verbündete gewonnen werden. Wer heute, in Kenntnis aller Verbrechen, die den Namen Deutschlands beflecken, Hitler und die NS-Führung verehrt, der ist entweder dumm oder nicht normal oder kriminell veranlagt. Diese Meinung wird von der weit überwiegenden Mehrheit der Deutschen geteilt. Sie lässt sich der kleinen Minderheit, die sie (noch) nicht teilt, vermitteln.

Wie in der Zeit der RAF und des Terrorismus muss zwischen kriminell und nicht kriminell klar unterschieden werden. In einer Demokratie darf ein Bürger auch eine falsche, moralisch anfechtbare oder verwerfliche Meinung haben. Aber die Gesetze des demokratischen Staates brechen, das darf man nicht. Wer aus politischen Gründen gegen das Recht verstößt, muss bestraft werden. Ein rechtsextremes Motiv ist eher ein strafverschärfender Umstand. Gewalttaten gegen Ausländer oder frühere Ausländer oder gegen solche, die so aussehen wie Ausländer, oder gegen Behinderte, sind rein kriminelle Akte, dem Raubmord und dem Sittlichkeitsdelikt verwandt, und absolut ungeeignet, um den Tätern heroische Züge zu geben oder zu dulden, dass sie ihnen gegeben werden. Heute wertet die Justiz zu Recht nicht mehr rechtsextrem motivierte Straftaten als patriotisches Handeln entlastend, wie dies in der Weimarer Zeit vorkam. Hier sei an die

Fememorde oder Hitlers Münchener Putschversuch im Jahr 1923 erinnert.

Gegen rechtsextreme Meinungen vorzugehen, die nicht mit einer Straftat verbunden sind oder sich in einer solchen äußern, ist komplizierter als die Bekämpfung von Straftaten, aber angesichts des umfangreichen historischen Anschauungsmaterials möglich und erfolgversprechend. Es gibt zahllose Gelegenheiten, um gegen rechtsextreme Behauptungen zu argumentieren. Dies sollte aber fundiert geschehen und nicht durch den Vortrag einiger Formeln, die um so schneller abgegriffen wirken, je häufiger sie gebraucht werden. Eine Darstellung der NS-Propaganda, der Judenverfolgung, der Täuschung des Volkes über die Ursachen des Krieges, der Indienstellung der Moral für die Zwecke des NS-Staates hat schon Wirkung. Je nüchterner und sachlicher die Information erfolgt, desto wirksamer ist sie. Es sollte überlegt werden, ob die Belastung der gesamten Bevölkerung oder ganzer Gruppen mit der Verantwortung für das Dritte Reich, die immer wieder zu beobachten ist, nicht das rechtsradikale Umfeld eher fördert und das Gegenteil dessen bewirkt, was gewollt ist. Die kollektive Beschuldigung entlastet immer jene, die das Unheil bewusst, vorsätzlich und mit grausamer Konsequenz herbeigeführt und die große Mehrheit getäuscht haben. Über Hitler sollte nicht geschwiegen, sondern gesprochen werden. Hitler, die zentrale Figur des Dritten Reiches, war kein Patriot, sondern ein „Volksschädling“, der die Deutschen mit dem Mittel der Täuschung in die größten Katastrophen ihrer Geschichte führte und der bewusst die weitere Existenz der Deutschen nach seinem eigenen Ende verhindern wollte. Die meisten Verbrechen hat er hinter dem Rücken der Deutschen begehen lassen. Es ist heute leicht zu sagen, was hinterher bekannt wurde, hätte man schon vorher wissen können. Es erhebt sich die Frage, was der Einzelne während des Dritten Reiches wusste und was er ausrichten konnte. Dass einzelne Bürger, meistens mit der Folge des Todes oder schwerer, unmenschlicher Bestrafung, die Auflehnung versucht haben, beweist nicht, dass dies alle hätten tun können. Auch ist bedenklich, wenn immer wieder versucht wird, jenen, die wegen Widerstandes, Verschwörung oder Kritik vom NS-Staat umgebracht wurden, durch den Vorwurf abzuwerten, sie seien

Kommunisten gewesen oder sie hätten ursprünglich das Dritte Reich unterstützt oder sie hätten in der Wehrmacht Hitlers Kriege geführt. Jeder muss Kritik ertragen, aber diese sollte einigermaßen objektiv sein und nicht der deutschen Neigung, über andere die Nase zu rümpfen, all zu großen Raum geben.

Ich vertrete die Meinung, das deutsche Volk hatte keine realistische Chance, das Gefängnis, in das es geraten war, von innen aufzubrechen, nachdem Hitler 1933 die Machtübernahme vollzogen hatte und diese ihn befähigte zu zeigen, dass er entgegen der Erwartung vieler, nicht an der Praxis scheiterte, sondern dass er diese Macht schlaue, rücksichtslos, eiskalt, konsequent und ohne Rücksicht auf Moral und Anstand zu nutzen verstand. Das Volk war auf die Befreiung von außen angewiesen. Gewiss muss dargestellt werden, wie die Verhältnisse im Dritten Reich und während des zweiten Weltkrieges waren. Aber es muss mehr Sorgfalt darauf verwendet werden, zu erklären, wie es möglich war, dass das deutsche Volk das Vertrauen in die Demokratie verlor, nachdem es noch 1928 Hitler eine Abfuhr erteilt hatte, und wie es geschehen konnte, dass Hitler 1933 an die Macht kam, die, nicht zuletzt wegen Notverordnung und Ermächtigungsgesetz, unbegrenzt zu sein schien. Die Fehler, die damals gemacht wurden, muss man herausarbeiten, damit sie die politische Kultur unserer Demokratie beeinflussen können. Es geht in erster Linie um Zusammenhänge und Wechselwirkungen, und erst in zweiter Linie um Schuldvorwürfe. Es sollte aber auch mehr Mühe aufgewendet werden darzustellen, dass es zur Demokratie keine Alternative gibt, außer dem Abgrund, und dass deshalb eine politisch hochrangige Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass sie funktioniert. In diesem Zusammenhang ist das Verhältnis repräsentative Demokratie und direkte Demokratie wichtig. Jeder im Prinzip vernünftige Grundsatz kann Schaden stiften, wenn er extrem überdehnt wird.

Ein besonderes Kapitel ist der Rassismus. Angesichts Millionen ermordeter Juden, Sinti und Roma ist Rassenhass in Deutschland besonders unanständig. Die Hinnahme der Judenverfolgung so, wie sie ab 1933 öffentlich bekannt war, ist eines der düstersten Kapitel aus jener Zeit. Die Bewertung nach der Rasse eignet sich für die Hunde-,

Kaninchen- und Hühnerzucht, aber nicht für den Menschen. In der Zukunft, in der es auf humane Lösungen für globale Fragen ankommt und die weltweite Mobilität zunehmen wird, ist Rassismus noch schädlicher, als er dies schon bisher war. Insbesondere muss deutlich werden, dass ein vereintes Europa nur denkbar ist, wenn religiöse, ethnische, politische Minderheiten sicher und geachtet in den einzelnen europäischen Staaten und Regionen leben können. Die Überwindung des Rassismus ist für Europa eine Existenz- und Überlebensfrage. Ein reichlich dunkles Kapitel ist auch die Sorge, die eigene kulturelle Identität könnte durch die Berührung mit anderen Kulturen, besonders mit Menschen, die anderen Kulturkreisen entstammen, beschädigt werden. Es muss dargestellt werden, dass die Kulturen sich immer beeinflusst und befruchtet haben, dass es zwar einen reinen Alkohol, aber keine reine Nationalkultur gibt und dass es sich bei der Furcht vor sogenannten multikulturellen oder interkulturellen Verhältnissen um einen Unterfall der Gespensterfurcht handelt. Ohne kulturelle Gemeinsamkeiten kann sich kein Weltethos bilden, von dem letztlich abhängt, wie wir mit dem Phänomen der Globalisierung zurecht kommen.

Es muss der Nutzen und Vorteil deutlicher gemacht werden, welche die Demokratie bietet, weil sie die Kritik nicht nur duldet, sondern geradezu organisiert. Zu viele Mitbürger meinen, wo viel kritisiert wird, sei auch viel falsch und gestatten sich politische Abstinenz. Wer sich an die Verhältnisse im Dritten Reich erinnert, weiß oder sollte eigentlich wissen, dass eher das Gegenteil zutrifft, denn damals war Lob der Regierung Pflicht und Kritik strafbar. Die Untaten dieser Zeit wären weithin nicht möglich gewesen in einem Staat, der die Kritik wenigstens toleriert hätte.

Das wichtigste Mittel zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist neben der Information über die Verhältnisse in der Diktatur und den verhängnisvollen Weg aus der Demokratie in die Diktatur die Aufwertung des demokratischen Bewusstseins. Gelegentlich trübt die Freude daran, sich über sogenannte Affären entrüsten zu können, die Erinnerung daran, dass die Politiker in der Regel eine gute Arbeit leisten. Das Ergebnis ist die sogenannte Politikverdrossenheit, der

C. Handeln und Praxiskompetenz

Ingelore Oomen-Welke

Rassismus nicht entstehen lassen - Ein Beitrag des Sprachunterrichts

I. Zur Einführung

Die Deutschdidaktik hat sich seit ihrer Gründung als Disziplin - das war um 1968-70 - neben literarischen und grammatisch-stilistischen Fragen auch mit gesellschaftspolitischen Inhalten beschäftigt, die durch Sprache, Medien und Literatur vermittelt werden. Am Anfang standen vor allem die Schriften von Hubert Ivo, der den ideologiekritischen Ansatz in die Hessischen Rahmenrichtlinien 1972 einführte.

Dass dem Deutschunterricht gesellschaftspolitische Ziele aufgebürdet werden, dass er dazu berufen sei, Haltungen, Meinungen bzw. Einstellungen zu bilden, ist indessen nicht neu. Seit Kaiser Wilhelm II. im Dezember 1890 die Mahnung an die bei der Berliner Schulkonferenz versammelten Schulexperten artikulierte, den Deutschunterricht zu stärken, ihn in den Dienst nationaler Ideen (d. h. Kampf gegen die Sozialdemokratie) und den *deutschen* Aufsatz - im Gegensatz zum lateinischen - als bildend in den Mittelpunkt zu stellen (Berg-Ehlers 1997), seitdem ist die einstellungsbildende Funktion des Deutschunterrichts unbestritten. Über die Ingebrauchnahme des Deutschunterrichts in der Zeit danach brauche ich hier nichts zu sagen. Es ist bekannt.

Unter umgekehrten, eben kritisch aufklärerischen Vorzeichen steht die Erwartung, dass der Deutschunterricht der demokratischen Einstellung diene. Auch wenn der ideologiekritische Ansatz inzwischen nur einer unter anderen ist, bleibt in der Deutschdidaktik das Prinzip der Aufklärung sowie eine Wachheit gegenüber Manipulation und

Missbrauch bestehen. Im Bereich von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit äußert sich dies durch die Analyse von Sprachen- bzw. Schulsprachenpolitik, durch empirische Forschungen zur Befindlichkeit Anderssprachiger in deutschen Schulen (Dietrich 1997), durch diskursanalytische Arbeiten (OBST 47/ 1992) sowie durch Literatur- und sprachdidaktische Konzepte (Oomen-Welke 1994, DD 137/ 1994). Als Themenbereiche und Textsorten finden wir Schimpfwörter, Rassismus in Witzen, Fremdbilder in der Literatur und in den Medien, Feindbilder durch Schlagzeilen, Vorurteile, Diskriminierung ethnischer Gruppen. Allerdings überwiegen bei diesen Ansätzen Analyse und oft Entlarvung. Das ist nur bedingt ein Grund, auf dem ein didaktisches Vorhaben gut aufbauen kann.

Konstruktiver erscheint dagegen die interkulturelle Erziehung. Da sie ein pädagogisches Prinzip formuliert - etwa Sinnwelten zu integrieren lernen, die bislang nicht die eigenen waren -, bleibt sie für die Fächer zwar akzeptabel, aber zunächst unverbindlich. Eine durchgehend interkulturelle Deutschdidaktik wurde versucht (Oomen-Welke 1991; Luchtenberg 1995); sie als Element des normalen Deutschunterrichts zu etablieren ist das Ziel. Es wird nach vielen Vorschlägen punktuell erreicht, indes steht ein systematischeres Konzept, das Ziele und Programm systematischer begründet, aus. Ein solcher Vorschlag soll im Folgenden gemacht werden.

Ich möchte von zwei kurzen Berichten aus dem Deutschunterricht ausgehen, beginnend mit einem literarischen Beispiel, dem ein aktuelles extremes Beispiel folgt, um dann ein Konzept vorzustellen, das möglichst Rassismus nicht entstehen lassen will.

II. Drei Beispiele

Zur Konkretisierung möchte ich zuerst mit einem literarischen Text anfangen, einem kleinen Abschnitt aus der dreibändigen Biographie des Nobelpreisträgers Elias Canetti: "Die gerettete Zunge - Geschichte einer Jugend" (1977, S. 287), Geographieunterricht.

Canetti, geb. 1905, ist Spaniole aus Bulgarien, also aus einer von den katholischen Königen Isabella und Ferdinand im 16. Jh. aus Spanien vertriebenen jüdischen Familie, ist mit spanischer Muttersprache aufgewachsen in Bulgarien, hat dann in England und Österreich gelebt und die Sprachen gelernt. Hier beschreibt er seine Zeit nach der Flucht aus Wien in Zürich 1919-21, seine Lehrer und ihre Methoden.

Wir waren bei Südamerika angelangt, die große Landkarte hing hinter ihm, er hieß uns einzeln vortreten und Flüsse auf ihr zeigen und benennen. Einmal, als ich drankam, war unter den Flüssen, die ich aufzuzählen hatte, ein Rio Deaguadero. Ich sprach ihn richtig aus, was keine Kunst war, eines der häufigsten Worte, das ich von klein auf gehört und gebraucht hatte, war agua, Wasser. Er verbesserte mich und sagte, es heiße Rio Deagadero, das >u< dürfe hier nicht ausgesprochen werden. Ich bestand darauf, dass es >agua< heiße, woher ich das wisse, fragte er. Ich ließ mich nicht beirren, ich müsse es doch wissen, sagte ich, Spanisch sei meine Muttersprache. Vor der ganzen Klasse standen wir einander gegenüber, keiner gab nach, ich ärgerte mich, dass er mein Recht auf Spanisch nicht anerkannte. Er wiederholte, ausdruckslos und starr, aber entschlossener, als ich ihn je gesehen hatte: es heiße Rio Deagadero. Wir warfen uns ein paarmal die beiden Aussprachen an den Kopf, sein Gesicht wurde immer starrer, hätte er den Stock, mit dem ich zeigte, in der Hand gehabt, er hätte damit nach mir geschlagen. Dann hatte er einen rettenden Gedanken und entließ mich mit den Worten: "In Südamerika spricht man das anders."

Diese Stelle sei hier zitiert, um die zwei gegensätzlichen Perspektiven auf die unterrichtliche Interaktion zu demonstrieren. Elias

will sein Recht auf Spanisch anerkannt wissen, er fühlt sich als Experte und weiß etwas Wichtiges. Sein Lehrer will, womöglich gegen bessere Einsicht, seinen Wissensvorsprung behaupten und seine überlegene Rolle gewahrt sehen. Er ist nicht bereit, Kompetenz partiell an den Schüler abzutreten. Am Ende ist ihm eine flauere Ausrede recht.

Ob diese Szene sich nun 1920 genau so abgespielt hat oder nicht -- ihre Strukturen gelten auch heute für viele unterrichtliche Situationen, auch wenn es indirekte Strategien gibt, das Wissen der Schülerinnen und Schüler nicht im Unterricht wirksam werden zu lassen. Besonders betroffen davon sind gerade Kinder mit anderen Muttersprachen. Dabei sei keinerlei diskriminierende Absicht unterstellt, sondern der vorherrschende Wille, den Unterricht zu kontrollieren und zu dominieren, damit die Schülerinnen und Schüler das lernen, was die Lehrperson beabsichtigt und geplant hat. Da Lehrpersonen selbstverständlich nur eine begrenzte Zahl von Sprachen sprechen, weisen sie gern die anderen Sprachen der Kinder zurück.

Zweisprachige Kinder erleben auch heute noch eine Vielzahl solcher Situationen, wie ihre Berichte ausweisen. Wiederholt erlebte Nichtachtung und Zurückweisung ihrer Sprachen und ihrer Kompetenz im Unterricht führt unweigerlich zu Resignation gegenüber Unterricht und Lernen und zu der Einstellung, der Unterricht richte sich nicht an sie.

Stärker noch wirkt ein generelles Verbot ihrer Sprachen in der Schule, wie es besonders in Ballungsgebieten nicht selten vorkommt. Kroon & Sturm 1995, S. 70f, berichten vom Türkischverbot in einer niederländischen Schule, das die Lehrerin Petra so begründet:

Wenn sie miteinander reden, oder wenn sie in der Klasse reden oder sich gegenseitig etwas sagen wollen, ist es ihnen nicht erlaubt, das auf Türkisch zu machen. Der erste Grund ist, dass es nicht nett ist anderen gegenüber, anderen Kindern oder mir, weil wir es nicht verstehen können. Es könnte also sein, dass man etwas Gemeinsames über jemand sagt oder so.

Der andere Grund ist, dass sie hier sind, um gut Niederländisch zu lernen, und wenn sie viel Türkisch reden, reden sie kein Niederländisch und lernen es deshalb weniger schnell. ... Und sie werden bestraft, wenn sie [diese Regel] verletzen. ... ist es auch sehr wichtig, den Kindern das Gefühl zu vermitteln, mit ihrem Türkisch akzeptiert zu werden, denn wenn man es völlig unterdrückt, wird es wohl sehr unheimlich, denke ich.

Ähnliche Regelungen habe ich selbst aus Schulen in Berlin gehört, während in der regionalen Lehrerfortbildung andererseits die Existenz solcher Verbote bestritten wurde. Aufsehen erregte der folgende Fall aus NRW, berichtet am 30.9. und 1.10.2000 in der gesamten Tagespresse: Türkisch-Verbot auf dem Schulhof, BILD vom 30.9.1999, S. 1 und 7; Badische Zeitung vom 1.10.1999 und Leserbrief vom 21.10.1999.

Der Rektor einer Realschule verbietet den türkisch- und russischsprachigen Schülerinnen und Schülern auch außerhalb des Unterrichts, auf dem Schulgelände ihre Sprache zu sprechen. Deutsch soll institutionell durchgesetzt werden. Er versteht das als Hilfe zum besseren Deutschlernen, wie im niederländischen Beispiel, damit die Jugendlichen nach der Schule Arbeit finden. Rassist sei er nicht!

Der Leserbrief eines türkischen Schülers interpretiert diese Maßnahme als Gewalt und Verletzung der Menschenrechte. Die Unterdrückung von Sprachen kann schlimme Folgen haben, sie lässt Feindschaft entstehen und führt zu Gewalt und Krieg zwischen Sprachgruppen. Der freie Gebrauch jeder Muttersprache ist Symbol der eigenen Identität, Kultur und Geschichte. Der Schüler spricht nicht explizit von Rassismus.

Das Verhalten dieses Rektors, hier öffentlich gemacht, rief Empörung hervor. Wir haben Anlass zu der Annahme, dass solche Verbote nicht nur in dieser Schule gelten, und nicht nur in Deutschland. Kroon & Sturm 1995 berichten aus den Niederlanden von ansonsten fortschrittlichen Schulen, in denen die Muttersprache von Kindern aus

Werner Nickolai

Gedenkstättenpädagogik mit sozial benachteiligten Jugendlichen

I. Vorbemerkungen

Die Diskussion, wie mit rechtsextremistischen Jugendlichen umzugehen ist, beschäftigt uns schon seit Anfang der 90er Jahre. Vor dem Hintergrund, dass insbesondere in den neuen Bundesländern ein enormer Anstieg von Gewalttaten zu verzeichnen war, stellte die damalige Bundesfamilienministerin durch das sogenannte "Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" Sondermittel für eine zielgerichtete Jugendsozialarbeit zur Verfügung. Auch in den alten Bundesländern ließ sich die Sozialarbeit, die zunächst mit rechten und gewaltbereiten Jugendlichen nichts zu tun haben wollte, zusehends mehr auf die Arbeit mit dieser für sie neuen Klientel ein. Es entwickelte sich gar ein eigenes Konzept der so genannten "akzeptierenden Jugendarbeit", die auf den Bremer Fachhochschullehrer Franz-Josef Krafeld zurückgeht. Der "akzeptierende" Ansatz war zuvor erfolgreich in der Arbeit mit schwerst drogenabhängigen Jugendlichen praktiziert worden. Weiterhin entwickelten sich unterschiedliche Konzepte des "Anti-Gewalt-Trainings", und auch mit erlebnispädagogischen Angeboten wollte man die Jugendlichen erreichen. An einigen Orten wurden im Sinne eines politischen Bildungsangebotes gedenkstättenpädagogische Projekte durchgeführt. Darum soll es hier nun gehen.

Dies sind nur einige Beispiele aus einer großen Palette pädagogischer Ansätze mit diesen Jugendlichen. Ohne gleich einen Kausalzusammenhang herstellen zu wollen, gilt festzustellen, dass rechtsextremistische und ausländer-feindliche Straftaten nach ihren Höhepunkten in den Jahren 1992 und 1993 abnahmen. Es scheint, und dies sage ich bei allem Vorbehalt hinsichtlich der Aussagekraft der

polizeilichen Kriminalstatistik, dass wir wieder einen Anstieg zu verzeichnen haben.

Die Debatte über den “richtigen” Umgang mit rechten Straftätern, hat eine neue Qualität. Wenn auch in den Jahren zuvor neben der Entwicklung sozialpädagogischer Hilfsangebote für diese Jugendlichen schon eine massive Verschärfung des Jugendstrafrechts gefordert wurde, so wird heute in der Diskussion ausschließlich auf Repression, auf hartes Strafen, gesetzt. Als wegweisend und richtig wird “das Urteil von Dessau” insbesondere von Politikern bezeichnet, wo zwei Jugendliche zu neun Jahren Jugendstrafe und ein Erwachsener zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mordes an dem Mozambikaner Alberto Antonio verurteilt wurden. Neben dem Ruf nach dem harten Gesetz - in Brandenburg will man, dem amerikanischen Vorbild folgend, ein “Hate-Crime”-Gesetz, ein Sonderstrafrecht für “Hassverbrechen” – werden gleichzeitig sozial-pädagogische Ansätze öffentlich diffamiert. So stellt etwa “Die Zeit“ fest, dass die Sozialarbeit im Umgang mit diesen Jugendlichen überfordert sei. Der “akzeptierenden Sozialarbeit” erteilte sie mit einem Verweis auf eine “deprimierende Praxis” eine eindeutige Absage.

Dabei kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die “akzeptierende Sozialarbeit” absichtlich missverstanden wird. Bundesumweltminister Jürgen Trittin versteigt sich im “Spiegel” vom 7. August gar zu der Aussage, dass sich die Sozialarbeit als Fehler entpuppt habe. Meines Wissens liegen keine Untersuchungen vor, die eine solche Behauptung rechtfertigen.

Politischen Bildungsangeboten wird vorgehalten, dass sie ein grober Irrtum seien, da man “fundamentalistischen Schlägern” mit weiteren Lektionen über deutsche Vergangenheit nicht bekommen könne. So stellte auch Klaus von Dohnanyi in “Die Zeit” vom 17.08. fest: “Es ist ein Irrtum zu glauben, rassistische Gewalt oder Gewalt gegen Andersdenkende könnten am besten mit mehr Information über Terrorregime bekämpft werden. Mehr Wissen über Naziverbrechen macht nicht immun gegen die Versuchung der Gewalt”.

Wilhelm Heitmeyer äußert sich ähnlich, in dem er in der Zeitschrift Sozial Extra vom September 2000 feststellt: „Dass darüber hinaus mehr Informationen über den Holocaust die jungen Menschen resistenter gegenüber dem heutigen Rechtsextremismus machen, lässt sich nicht belegen. Schwierig und letztlich kaum stichhaltig ist die Annahme, dass man verfestigte Vorurteile durch bessere Gegeninformation verjagen könne.“ (Heitmeyer 2000, 10f)

Was im Umgang mit diesen Jugendlichen tatsächlich hilft, bringt Stefan Hupka in der Badischen Zeitung vom 04.08.00 auf den Punkt, wenn er Folgendes ausführt:

“Es handelt sich überwiegend um Leute, die sich nur im Rudel, in der Übermacht oder unter Einfluss von Alkohol stark fühlen - einmal gegenüber wehrlosen; einzeln und für sich allein entpuppen sie sich oft als komplex beladene, feige Würstchen. Man darf sie nicht aufwerten, sondern man muss sie bekämpfen - äußerst respektlos”.

Einer solchen Grundhaltung, wie sie hier deutlich wird, kann sich die Sozialarbeit nicht anschließen. Dieses Menschenbild, sofern man hier davon überhaupt sprechen kann (feige Würstchen), widerspricht ihrer ethischen Grundhaltung.

Es bleibt für mich auch rätselhaft, warum der Pädagogikprofessor Benno Hafenegger (Hafenegger 2000, 12-13) zu dem Ergebnis kommt, dass hier nur der Strafvollzug angezeigt wäre. Er fordert, dass die Polizei und Justiz den Tätern gegenüber ganz unpädagogisch und repressiv vorzugehen habe und Härte zeigen muss. Ich will hier nicht ausführen, warum ich den derzeitigen Strafvollzug bei rechtsextremistischen Jugendlichen geradezu für kontraproduktiv halte. Der Schrei nach härterer Gangart im Umgang mit diesen Jugendlichen kommt aus einer Hilflosigkeit, die ich durchaus verstehen kann. Selbst wenn der Strafvollzug als ultima ratio derzeit als unersetzbar angesehen wird, so zeigt die Erfahrung verschiedener Projekte, dass eine Sozialarbeit auch mit rechtsorientierten Jugendlichen möglich ist.